DIE LINKE.
Fraktion im Stadtrat Gera

Rathausreport
03 - 2023

OTTO-DIX-STADT GERA®

Es geht um die Handlungsfreiheit der Stadt!

In der Stadtratssitzung am 10. Mai warb Antje Pelzel für die Linksfraktion um Zustimmung zur Initiative „Lebenswerte Städte durch angemessene Geschwindigkeiten“

Die im Juli 2021 gegründete Initiative verfügt mittlerweile über rund 700 Mitgliedskommunen, im gesamten Bundesgebiet und über alle Parteigrenzen hinweg.
DIE LINKE möchte mit dem Antrag einen Beitritt der Stadt Gera zur Städteinitiative „Lebenswerte Städte durch angemessene Geschwindigkeiten“ ermöglichen.
Bisher ist die Ausweisung von Tempolimits nur abschnittsweise oder bei Gefährdungen erlaubt. Derzeit legt ein Bundesgesetz – § 45 der Straßenverkehrsordnung – fest, dass Tempo 30 nur abschnittsweise bei konkreten Gefährdungen, etwa vor Kitas, Schulen oder Pflegeheimen gelten darf. Viele Städte und Kommunen wollen das ändern und haben sich bereits der Initiative angeschlossen.

Das Bündnis fordert Handlungsfreiheit: Die Städte wollen Tempo 30 als Höchstgeschwindigkeit überall dort anordnen können, wo sie es für notwendig halten!

Das heißt also nicht, dass im gesamten Stadtgebiet nur noch 30 km/h gefahren werden kann. Es meint nicht, dass auf Bundes- und Landesstrassen, die durch Gera führen, in Zukunft keine 50km/h Geschwindigkeit mehr möglich sein soll.

Es geht vielmehr darum, dass die kommunale Selbstverwaltung gestärkt werden soll! Die Bürger und Bürgerinnen und auch die Verantwortlichen für Straßenverkehr in der Stadtverwaltung kennen die Begebenheiten vor Ort am besten und können deshalb sehr gut einschätzen, an welchen Stellen in der Stadt durch ein Gefahrenpotential eine Reduzierung der Geschwindigkeit sehr sinnvoll ist.

Für Gera konkret möchte ich 2 Beispiele benennen, wo eine Höchstgeschwindigkeit von 30km/h nach StVo derzeit nicht möglich sind:
Im ***Ortsteil Nibra*** kreuzen Kinder auf ihrem Schulweg die Straße. Autofahrer haben mit 50 km/h kaum die Möglichkeit, zu bremsen, bevor sie ein Kind sehen. Ein unbestrittener Gefahrenschwerpunkt, der nach geltender StVo aber nicht durch ein Tempolimit sicherer gestaltet werden kann.
Dieselbe Situationsbeschreibung trifft auf ***Scheubengrobsdorf*** zu. Auch hier müssen die mit dem Bus ankommenden Kinder die Hauptverkehrsstraße überqueren. Die Schule selbst liegt nicht direkt an der Straße.

Die Handlungsfähigkeit der Kommune zur Temporeduzierung ist durch geltendes Recht beschränkt.
Eine weitere Folge von begrenzten Geschwindigkeiten ist eine deutliche Reduzierung der Lärmbelastung. Geringere Geschwindigkeiten haben auch einen Abfall des Lärmpegels zur Folge. Das ist nachzulesen in einer Studie des Bundesumweltamtes.

Kinder und Jugendliche sowie ältere Menschen sind im Straßenverkehr besonders gefährdet. Diese Gefährdung resultiert insbesondere aus einer beschränkten Fähigkeit, Fahrzeuge wahrzunehmen und deren Geschwindigkeit angemessen einzuschätzen sowie aus Unachtsamkeit.

Das Ziel muss sein: mehr Sicherheit im Verkehr, vor allem für Menschen auf dem Fahrrad oder zu Fuß, also mehr Sicherheit und Platz auf unseren Straßen, mehr Lebensqualität in unseren Städten und Dörfern, mehr Klarheit und Übersichtlichkeit bei den Verkehrsregeln, geringerer bürokratischer Aufwand für die Ausweisung von Tempobeschränkungen und nicht zuletzt einen flüssigen und gleichmäßigen Verkehrsablauf.

Aufgrund der Verpflichtung, insbesondere die Verkehrsteilnehmer zu schützen, welche im Straßenverkehr besonders gefährdet sind, sowie der bestehenden Rechtslage sollte dem Antrag gefolgt und der kommunalen Selbstverwaltung mehr Handlungsfreiheit eingeräumt werden.

Im Übrigen hätte unsere Stadtverwaltung auch ohne einen Beschluss des Stadtrates die Motivation finden können, der gegründeten Initiative „Lebenswerte Städte durch angemessene Geschwindigkeiten“ beizutreten.
Andernorts haben die Baudezernenten den Beitritt für sinnvoll erachtet und unterzeichnet.
In Gera ist dies leider eigenmotiviert nicht geschehen, so dass der Stadtrat über einen Beitritt entscheiden kann.
Es geht hierbei nicht um eine inhaltliche Entscheidung, wo und an welcher Stelle Temporeduzierungen erfolgen könnten.

Es geht darum, dass wir einfordern, dass unsere Stadt selbst entscheiden kann.

Kommentar Seite 2

Kommentiert:

Der Stadtrat hat den Antrag der Linksfraktion, der Initiative „Lebenswerte Städte durch angemessene Geschwindigkeiten“ beizutreten, mehrheitlich abgelehnt.

Die Mehrheit der Stadträte ließ sich weder von den Fakten des Oberbürgermeisters über in den Einwohnerversammlungen immer wieder geforderte Tempo 30-Zonen zum Schutz der Fußgänger (insbesondere Schulkinder) überzeugen noch wurden Hinweise, dass die Konferenz der Verkehrsminister der Länder am Thema arbeite, akzeptiert.

Getreu dem Motto „Zuerst das Auto“ wurde in der Debatte gefordert, zur besseren Verkehrssicherheit doch ganz viel Geld in die Straßen zu investieren.

Richtig ist, dass der Straßenzustand für Autofahrer und der Zustand der Fußwege für deren Nutzer ein mehr als kritikwürdiger und möglichst zügig zu behebender ist.

Die Chance jedoch, gegenüber der Bundesregierung deutlich zu machen, dass Kommunen besser als die Bundesebene einschätzen können, wo und wie zur Sicherheit der Verkehrsteilnehmer Einschränkungen vorgenommen werden müssen, wurde zumindest für unsere Stadt vertan.

Für jene, die darüber enttäuscht sein mögen, sei festgehalten, das der Druck von über 700 Kommunen und Landkreisen wachsen wird. Und es werden ihrer immer mehr werden.

Weil diese nicht dem Mantra anheimfallen, dass Tempo 30 ***DAS*** *Schreckgespenst für den freien Bürger ist! ha.*

Linksfraktion im Geraer Stadtrat unterstützte Aktionstag „90 Jahre Bücherverbrennung“

Vor 90 Jahren brannten Bücherberge in Deutschland. "Undeutsches Schrifttum", das nach Meinung der Nazis ausgesondert und vernichtet werden sollte, wurde verbrannt. Werke unter anderem von Anna Seghers, Else Lasker-Schüler, Heinrich Heine, Karl Marx, Bertolt Brecht, Kurt Tucholsky, Carl von Ossietzky, Erich Kästner.

„In Anbetracht einer zunehmenden Intoleranz und einer immer offener agierenden Neonaziszene hat das Gedenken an diese Ereignisse eine noch größere Wichtigkeit“, so Andreas Schubert, Vorsitzender der Linksfraktion.

Im Gedenken und zur Mahnung fanden zahlreiche Veranstaltungen am 10. Mai in unserer Stadt statt.
Schülerinnen und Schülern lasen eigene Texte zu den Themen Meinungsfreiheit, Zensur und Diktatur.

Aus damals verbrannten oder geächteten Büchern haben Engagierte, so auch Björn Harras (LINKE) vortragen.

Die Mitglieder der Fraktion DIE LINKE unterstützten die Veranstaltungen mit einer Spende von 100 Euro.

Umsatzsteuerpflicht: Schulfördervereine nicht betroffen

Die Umsatzsteuerpflicht für öffentliche Dienstleistungen bewegt die Gemüter in unserer Stadt seit Wochen. Ab wann gilt sie, wer ist davon betroffen, wie sehen Auswirkungen konkret aus.

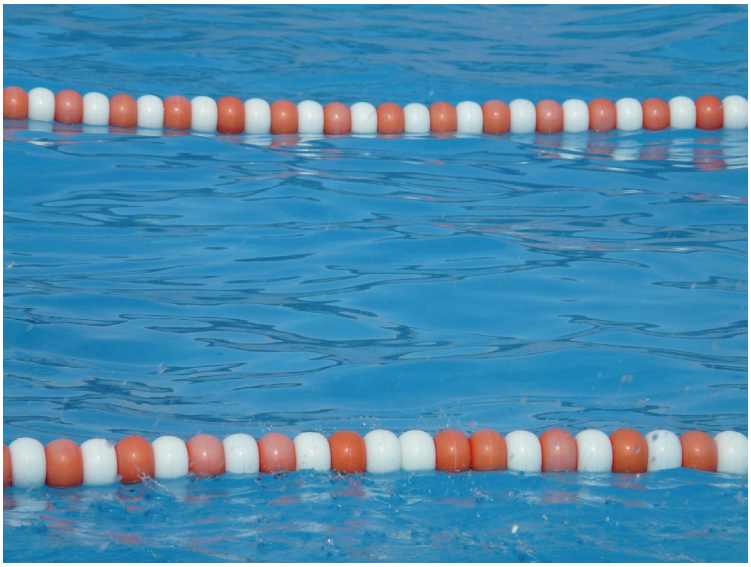
„Zumindest für die Schulen hat das Thüringer Finanzministerium nunmehr klargestellt: Kuchenbasare an Schulen können auch zukünftig steuerfrei durchgeführt werden und Schulfördervereine sind nicht betroffen. Letztlich entscheidet, wer an der Schule den Basar durchführt. Im Falle der Durchführung durch die Schule als öffentliche Einrichtung selbst gilt die Steuerpflicht. Dem ist allerdings nicht so, wenn die Ausrichter von Veranstaltungen an den Schulen, wie Schulfeste und Kuchenbasare, Eltern, Schulfördervereine oder Schülerfirmen sind.“ betont **Daniel Reinhardt**, stellvertretender Fraktionsvorsitzender und Geraer Landtagsabgeordneter.

Zum Hintergrund: Die Umsatzsteuerpflicht für öffentliche Einrichtungen wird ab dem 1. Januar 2025 ausgeweitet. Leistungen, die juristische Personen des öffentlichen Rechts - wie zum Beispiel Schulen - unter den gleichen rechtlichen Bedingungen wie private Unternehmer erbringen, unterliegen ab diesem Zeitpunkt der Umsatzsteuer. Grund ist die Umsetzung der EU-Mehrwertsteuersystemrichtlinie.
Danach können auch Kommunen und öffentliche Einrichtungen Unternehmereigenschaft haben und in Konkurrenz zu privaten Unternehmern stehen.

Daniel Reinhardt rät, künftig genau zu überlegen, wer an der Schule den Kuchen oder anderes verkauft. (10.05.2023)

Oberbürgermeister auch beim Freibad ohne jede Initiative

Die Einwohner und die Sportvereine unserer Stadt sehen im fehlenden Freibad das größte Defizit in der Sportstätten-Infrastruktur der Stadt Gera. Das war das Ergebnis der Befragung zur Sportentwicklungsplan-Fortschreibung.



Initiativen des Oberbürgermeisters, dieses Defizit zur beseitigen, sind nicht messbar.
So hat er bis heute den Stadtratsbeschluss zum ISEK 2030 nicht umgesetzt, der festschreibt, bis 2020 ! den Standortbeschluss im Stadtrat für das neue zentrale Freibad herbeizuführen, um anschließend eine konkrete Investitionsplanung zu starten. Stattdessen wird pünktlich zum Auftakt der neuen Freibad-Saison ein erneuter Vertröstungsversuch gestartet, der die Untätigkeit und den Unwillen des Oberbürgermeisters verschleiern soll.

Vergeblich: Mit diesem Oberbürgermeister bekommt Gera ganz sicher kein neues Freibad. Das aber braucht es für die vielen Familien und Kinder, die nicht ins Umland ins Freibad fahren können. Deshalb ist dieses Thema auch eine soziale Frage, deren Lösung DIE LINKE immer wieder einfordert. Selbst die Forderung, übergangsweise die Naturbäder in Kaimberg und Aga in der gesamten Freibadsaison besser erreichbar zu machen, ist bis heute unerfüllt.
Statt endlich mit einer Standortfestlegung die Planungen für ein zentrales Freibad zu starten und somit einen Antrag auf Sportstätten-Investitionsförderung beim Land stellen zu können, werden die Anwohner mit Allgemeinplätzen, wie „kein Geld“ und „Schwierigkeiten beim Lärmschutz“, abgespeist.

Dabei bleibt die Frage unbeantwortet, wie Kleinstädte in unserer unmittelbaren Nachbarschaft wie Weida, Bad Köstritz und Ronneburg sich moderne Freibäder leisten können, aber ausgerechnet in Gera das nicht unmöglich sein soll?! Das kleine Sömmerda hat voriges Jahr die Generalsanierung mit Ausbau des städtischen Freibads mit einem millionenschweren Zuschuss des Landes abgeschlossen - soweit zur Behauptung, es gäbe keine Unterstützung mehr für Freibäder.

„Allen Geraerinnen und Geraern, die auch dieses Jahr ein Freibad in Gera schmerzlich vermissen werden, sei gesagt - nächstes Jahr können Sie mit ihrer Wahlentscheidung auch darüber abstimmen, ob endlich die Realisierung begonnen wird. Mit Julian Vonarb ist das nicht zu erwarten.“, so **Andreas Schubert**, Vorsitzender der Linksfraktion. (10.05.2023)

Neues zur Fläche für Reußensarkophage auf dem Johannisplatz

Die Rechtsnachfolger des Fürstenhauses Reuß jüngere Linie, vertreten durch den inzwischen wegen Umsturz-Vorwürfen inhaftierten Heinrich XIII., haben ihre gegenüber der Stadt 2015 eingegangene Verpflichtung zur Erbauung einer öffentlich zugänglichen Gruft zur Ausstellung der kulturhistorisch bedeutsamen Sarkophage in keiner Weise erfüllt. Die damals erteilte Baugenehmigung ist inzwischen erloschen.
Auf Nachfrage gab es keine Auskunft zu konkreten Realisierungsschritten, geschweige denn einer einsprechenden Terminstellung.
Damit war die Aufhebung des Stadtratsbeschlusses zur Bereitstellung einer entsprechenden Fläche auf dem Johannisplatz zwangsläufig.

An anderer Stelle sind die Rechtsnachfolger des Fürstenhauses Reuß bis heute aktiv, die Stadtentwicklung zum eigenen finanziellen Vorteil mit Rückforderungsansprüchen auf Grundstücken wie das Hofgut in Untermhaus zu behindern.

Dieses egoistische Vorgehen von blaublütigen Nachfahren zu Recht enteigneter Adelsgeschlechter wird durch DIE LINKE entschlossen verurteilt und politisch bekämpft.

Lesenswertes

Das Thema Haus Reuß jüngere Linie und deren Agieren, speziell bezogen auf Heinrich XIII., ist immer wieder in Medien präsent. So zuletzt in dieser Woche in der OTZ am 9. Mai 2023.

Darüber hinaus der Geraer Landtagsabgeordnete Andreas Schubert seit 2021 mehrere Kleine Anfragen zum Thema ***„Rückübertragungsansprüche der Nachkommen einer im Jahr 1918 mit der Novemberrevolution gestürzten Fürstenfamilie“*** sowie ***„Zu Ansprüchen der Familie Reuß nach dem Vermögensgesetz und dem Ausgleichsleistungsgesetz in Gera“*** gestellt. Diese können über die Parlamentsdokumentation des Thüringer Landtages im Internet eingesehen werden unter https://parldok.thueringer-landtag.de/ParlDok/freiesuche/1

Aus dem Stadtrat - kurz und bündig

Noch immer keine einzige neue Bahn bestellt

Der unendlichen Geschichte der Straßenbahnersatzbeschaffung in Gera wurde im Mai-Stadtrat ein weiteres Kapitel hinzugefügt:

Denn Oberbürgermeister Julian Vonarb, der dieses Thema schon vor Jahren zur Chefsache erklärte, ist im März diesen Jahres mit seiner Stadtverwaltung „bewusst geworden“ (steht so wortwörtlich in der Vorlage), dass mit der aktu-

ellen Fassung der städtischen Richtlinie zur Bezuschussung der GVB keine Bestellung zustande kommen kann, weil sich Vorgaben dieser Richtlinie mit denen der Landesförderrichtlinie ausschließen!

Somit musste die Richtlinie also erneut nachgebessert werden, um überhaupt die Chance zu erhalten, dass nun endlich Ende 2023, eine Bestellung von Straßenbahnen (6 + 3 als Option) für Gera ausgelöst wird.

Zur Erinnerung: In Jena wurde diesen Monat die erste neue Bahn geliefert, hat man doch dort schon vor 2 Jahren 24 neue Bahnen bestellt und weitere 19 optioniert.
In Gera wurde (auch wieder in diesem Monat) ebenfalls schon viel Geld investiert - in zahlreiche Gutachten, um sich gegenseitig zwischen Stadtverwaltung, GVB und Stadtrat zu erklären, welcher Weg der richtigste sei - ein Tollhaus und wohl einmalig in allen Straßenbahnstädten in diesem Land.

Es gibt sie wieder: Öffentliche Ausschüsse im Stadtrat

Durch die Änderung der Thüringer Kommunalordnung durch den Landtag wurde der rechtliche Rahmen für die öffentliche Durchführung der Ausschusssitzungen des Stadtrates vorgegeben. Mit der Änderung der Geschäftsordnung im Mai-Stadtrat hat die Stadt Gera das Gesetz umgesetzt.

Daniel Reinhardt, stellvertretender Fraktionsvorsitzender DIE LINKE im Stadtrat Gera, freut sich, dass der Kampf für Öffentlichkeit und Transparenz erfolgreich war.
„Der Stadtrat Gera ist nun wieder in der Lage, dass Beratungsgegenstände in den Ausschüssen öffentlich diskutiert werden können. Ich halte die Änderung für richtig, weil dadurch die Demokratie gestärkt wird. Wir verbessern hiermit vor allem die Einsicht in politische Abwägungsprozesse, bei denen Kompromisse geschlossen werden und Widersprüche sichtbar werden. Politische Entscheidungen sind komplex – wie komplex können Bürger*innen in den Ausschüssen wieder selbst beobachten“.

Reduzierung Fahrgastunterstände

Mit der Aufhebung des Vertrages der Stadt zur Stadtmöblierung wurde die Frage nach den Fahrgastunterständen und deren Weiternutzung akut.
Im Stadtrat wurde dem Baudezernenten nahegelegt, die Standorte jener Unterstände, nicht weiter bestehen sollen, zu veröffentlichen. Nach noch ausstehenden Klärungen bei verschiedenen Sachverhalten solle dies in geeigneter Form auf der Stadt-Homepage geschehen.

Busfahrplan im Geraer Norden

Beklagt wurde, dass sich die Anbindung der Bewohner im Geraer Norden durch eine Reduzierung im Busfahrplan verschlechtert habe. Der OB sagte zu, dazu mit dem RVG und dem GVB zu sprechen.

FRAKTION VOR ORT - Sprechstunden der Linksfraktion unter freiem Himmel

Die Linksfraktion organisiert in der Regel **am Freitag nach jeder Stadtratssitzung** eine Sprechstunde unter freiem Himmel. Mitglieder der Fraktion freuen sich auf das Gespräch mit den Einwohnerinnen und Einwohnern der Stadt Gera. Gerne geben wir Auskunft über den Verlauf der Stadtratssitzung und die aktuellen Aktivitäten der Fraktion. Informieren Sie sich bitte über die konkreten Termine in der Tagespresse bzw. im Internet.

Sie interessieren sich für die umfangreiche inhaltliche Arbeit des Geraer Stadtrates und wollen mehr wissen?

Alle öffentlichen Stadtratsbeschlüsse einschließlich der Protokolle der öffentlichen Sitzungen der Ausschüsse und des Stadtrates finden Sie unter https://gera.ratsinfomanagement.net

Die Stadtratssitzung kann im Internet live über die Homepage der Stadt Gera jeweils verfolgt werden.

Für weitere Informationen besuchen Sie unsere Homepage:
https://www.die-linke-gera.de/stadtratsfraktion/

So erreichen Sie uns:
Kornmarkt 12 (Zi. 101) Tel.: 0365 / 838 1530 Mail: die-linke-fraktion@gera.de
V.i.S.d.P.: Andreas Schubert